

Für die SPD hielt Gemeinderat Jens Arnold fest:

„Eine Haushaltsrede kommt nicht ohne die Beschreibung und Bewertung der aktuellen Situation aus. Dies betrifft sowohl die gegenwärtige Finanzsituation wie auch die politische Situation, zunächst in Bund und Ländern, dann natürlich auch in unserer Gemeinde.

1. FINANZSITUATION DES BUNDES UND DER KOMMUNEN

Die finanzielle Situation im Bund ist vornehm ausgedrückt, alles andere als rosig, die Pläne der zurzeit regierenden Schwarz- Gelb- Koalition zu Steuersenkungen lassen erwarten, dass sich die Situation in absehbarer Zeit nicht ändert.

Auch dem neuen baden- württembergischen Ministerpräsidenten Mappus wird nachgesagt, dass er sich für Steuersenkungen einsetzt. Dies, im Zusammenhang mit einer schamlosen Klientelpolitik wird nicht gut enden!

All jene die entweder direkt oder indirekt am Tropf des Bundes hängen werden so weiter in Mitleidenschaft gezogen. Das sind die Bundesländer und die Kommunen, die Bundesländer geben die Minderzuweisungen des Bundes und häufig noch mehr nach unten weiter.

Das letzte Glied in der Kette sind die Kommunen, also wir. Man kann dies auch so formulieren: Die Krise ist unten angekommen. In den Städten und Gemeinden brechen die Einnahmen weg, den Bürgern stehen harte Einschnitte bevor.

Hautnah wird die Mehrheit der Deutschen die Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise an ihrem Wohnort am eigenen Leib zu spüren bekommen. Die große Politik tut noch das Ihrige hinzu.

Die Koalitionsvereinbarung von CDU/CSU und FDP enthält viele Vorhaben, die zur Verschlechterung der Einnahmen der Kommunen und gleichzeitig zur Erhöhung der von den Gemeinden zu bestreitenden Sozialausgaben führen.

Als Beispiel für den ersten Teil meiner Aussage nenne ich die Einkommensteuersenkung, die den Kommunen 4 Milliarden Euro pro Jahr weniger bringt. Die schwarz- gelbe Koalition weist zwar oft auf die Bedeutung der Kommunen für die Bewältigung gesellschaftlicher Herausforderungen hin wie beispielsweise den Ausbau der Kinderbetreuung.

Doch an keiner Stelle der schwarz- gelben Koalitionsvereinbarung wird klar gesagt, wie weitere qualitative und quantitative Leistungsverbesserungen von den Kommunen finanziell bewältigt werden sollen.

Die Steuersenkungen, die man in Berlin beschlossen hat, führen, wie schon ausgeführt, zu Mindereinnahmen bei Städten und Gemeinden und zwingen viele von ihnen dazu, sich das Geld auf andere Weise wieder von den Bürgern zu holen, z.B. über höhere Gebühren.

2. FINANZSITUATION DER GEMEINDE

Lassen Sie mich zur finanziellen Lage unserer Heimatgemeinde kommen. 2009 wurde der allgemeinen Rücklage über 1 Million Euro entnommen was auf jeden Fall als Schwächung der finanziellen Reserve der Gemeinde angesehen werden muss. Um 2010 finanziell funktionsfähig zu bleiben, in anderen Worten, um die absehbaren Ausgaben tätigen zu können, sind im Haushalt diesen Jahres knapp 1 Million Euro an Krediten vorgesehen.

Dies kann niemandes Herz erfreuen. Und für die Folgejahre 2011 bis 2013 sind mit Sicherheit noch weitere Kreditaufnahmen im Finanzplan notwendig. Insgesamt lässt sich feststellen, dass ein solches Finanzverhalten mit Auflösung von Rücklagen und Kreditaufnahmen nicht beliebig fortgesetzt werden kann.

Eine gewisse Rechtfertigung für unser finanzpolitisches Handeln liegt darin, dass sich die öffentliche Hand antizyklisch verhalten soll.

Der Bund hat dies vorgemacht, in dem er Konjunkturprogramme aufgelegt hat, von denen auch die Gemeinde Wolfschlügen z.B. durch die Sanierung des Schulgebäudes profitiert hat.

Solch ein antizyklisches Finanzverhalten bedarf aber eines sehr disziplinierten Verhaltens der öffentlichen Hand, sprich Gemeinde, in Zeiten üppig fließenden Geldes.

Wir wissen aber nicht, wann solche Zeiten wieder einmal kommen und wie viel Geld dann zum außerordentlichen Schuldentilgen zur Verfügung steht, wo doch das Verteilen von Wohltaten im politischen Bereich viel angenehmer ist, wie uns das nach der Bundestagswahl gezeigt wurde, siehe die Wohltaten für Hoteliers, Apotheker, Erben, ... usw.

Letztendlich bleibt zu befürchten, dass die Gemeinde Wolfschlügen aus dieser Situation nur herauskommt wenn die Konjunktur wieder spürbar anzieht und der Bund auf weitere Steuerentlastungen zum Nachteil der Kommunen verzichtet.

3. THEMENSCHWERPUNKTE

- Das Thema Hochwasserschutz hat uns im Gemeinderat und die Bürgerinnen und Bürger in der letzten Zeit sehr beschäftigt. Die Kosten für das Hochwasserschutzkonzept sind mit 10 Millionen Euro veranschlagt – und in diesen 10 Millionen Euro sind noch keine Grunderwerbskosten berücksichtigt. Wenn man diese 10 Millionen dem gesamten Haushaltsvolumen von gut 15 Millionen gegenüber stellt, dann muss einem klar sein, dass der Hochwasserschutz ein Projekt über viele Jahre sein wird. Trotz der aktuellen Haushaltssituation gilt es unter Zuhilfenahme einer Kosten-Nutzen-Analyse und mit Hilfe einer Prioritätenliste effektive Maßnahmen zügig umzusetzen.

- Einer Wiederbesetzungssperre können wir zustimmen, wenn diese vorsieht, dass Stellen nach Beratung mit dem Gemeinderat ausgeschrieben bzw. neu besetzt werden. Es muss jedoch zwingend gewährleistet sein, dass der Personalschlüssel in der Kinderbetreuung nicht unterschritten wird.

Die Wiederbesetzungssperre darf im Bereich der Kinderbetreuung zu keinen personellen Engpässen führen.

- Dem Vorschlag zur Einführung von Einkommensabhängigen Kindergartengebühren wie von CDU gefordert können wir grundsätzlich zustimmen. Letztendlich muss die Verwaltung ein Konzept im Gemeinderat vorlegen auf dessen Grundlage im Gemeinderat über die Einführung von Einkommensabhängigen Kindergartengebühren beraten werden kann. Eine Verlangsamung bei der Umsetzung des Orientierungsplanes für die U3 Betreuung halten wir jedoch für falsch, da die zeitnahe Umsetzung des Orientierungsplanes für Wolfschlügen auch einen wichtigen Standortfaktor darstellt und Wolfschlügen hier auch mit gutem Beispiel voran gehen sollte. Es muss sichergestellt werden, dass die U3 Betreuung in vollem Umfang den gesetzlichen Vorschriften gerecht wird.

- Eine Veränderung der Rechtsform der Musikschule mit dem alleinigen Ziel der Kosteneinsparung zu Lasten der Familien darf nicht erfolgen. Die musikalische Bildung für Kinder und Jugendliche kommt durch die Kosteneinsparungspolitik der CDU/FDP-Landesregierung im Bildungsbereich - zu Lasten der Kommunen - schon heute zu kurz. Schlussendlich dürfen die Kosten nicht außer Acht gelassen werden – jedoch sollte auch gewährleistet sein das der heutige Qualitätsstandart gehalten werden kann.

- Der Reduzierung des Zuschusses für die Neuanschaffung einer Küche für das Jugendhaus wie von der Verwaltung vorgeschlagen können wir zustimmen. Wir gehen davon aus, dass die Verwaltung überprüft hat ob zu dem vorgeschlagenen

Kostenrahmen eine Küche angeschafft werden kann die den Ansprüchen des Jugendhauses gerecht wird.

- Eine Reduzierung des Zuschusses an den Kreisjugendring – wie von der Verwaltung vorgesehen - lehnen wir ab. Schon jetzt können offene Stellen im Kreisjugendring nicht mehr sofort besetzt werden sondern sollen je nach Finanzsituation erst gegen Ende des Jahres wieder besetzt werden. Nur durch die Nichtbesetzung von Stellen in der Verwaltung des Kreisjugendringes konnte ein Stellenabbau in den Jugendhäusern verhindert werden.

- Die Busverbindung nach Neuhausen muss gerade in den Schulanfangs- und Endzeiten an die neue Situation der Werkrealschule angepasst werden. Es ist nicht akzeptabel, dass gerade in den Wintermonaten die Schülerinnen und Schüler nur mit dem Fahrrad nach Neuhausen fahren können.

Laut GEW wird die CDU/FDP-Landesregierung den Schulträgern keine Zuschüsse für die zusätzlichen Schülerbeförderungskosten gewähren. Die Vereinbarung mit den kommunalen Spitzenverbänden, die bei der Schließung von Schulen freiwerdenden Personalkosten zu je einem Drittel auf die neu entstandene Schule, den Schulträger für die Schülerbeförderung und Einsparungen im Landeshaushalt verteilte, gilt bei der Bildung von Werkrealschulen nicht. Damit ist es Sache des Schulträgers, in welchem Umfang er Hauptschüler/innen und deren Familien, zusätzliche Kosten zumutet.

- Für die durch die Schließung des Hauptschulstandortes Wolfschlugen freiwerdenden Räumlichkeiten muss in naher Zukunft ein Nutzungskonzept erstellt werden. Hierbei sind die verschiedenen Nutzungsvarianten wie beispielsweise die Vergabe der Räume an die Volkshochschule, externe Bildungsträger oder die örtlichen Vereine zu berücksichtigen.

4. DANKSAGUNG

Unser Dank gilt den Mitarbeitern der Kämmerei und des gesamten Hauses für die Erstellung des Haushaltsentwurfs sowie für die Erläuterungen dazu im Rahmen der Vorberatungen.

Dank gilt auch allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung, welche dem Gemeinderat und seinen Ausschüssen bei ihrer Arbeit behilflich sind und waren. Auch allen im Bauhof tätigen Mitarbeitern der Gemeinde sprechen wir unseren Dank aus.

Im Besonderen möchten wir uns auch bei Ihnen Herr Emhardt für die gute Zusammenarbeit, gerade auch bei den Haushaltsberatungen, in den vergangenen 32 Jahren herzlich bedanken.

Zuletzt möchten wir uns auch ganz herzlich bei allen ehrenamtlich Tätigen bedanken, die ihren Beitrag leisten unsere demokratische Gesellschaft zu stützen, mitzutragen und so zu gestalten, dass sich die Bürgerinnen und Bürger in Wolfschlugen zu Hause fühlen.“